



Werfenweng, am 26.04.2021

Information zum Rücktritt der Gemeindevertreter der FPÖ und der Heimatliste

Liebe Werfenwengerinnen, liebe Werfenwenger,

ich darf mich zu den jüngsten Ereignissen mit einer Information aus meiner Sicht bei Euch melden.

Es ist für mich demokratiepolitisch sehr problematisch, wenn Mitglieder der Gemeindevertretung ihrem gesetzlich vorgesehenen Auftrag und auch dem Auftrag ihrer Wähler nicht mehr nachkommen und geschlossen aus der Gemeindevertretung aussteigen, weil sie sich bei einer Abstimmung in der Gemeindevertretung nicht durchsetzen konnten. Es liegt im Wesen einer demokratisch organisierten Volksvertretung, dass es Abstimmungen gibt, die nicht einstimmig, sondern mehrheitlich getroffen werden. Und es ist, außer wenn gesetzlich ausdrücklich qualifizierte Mehrheiten verlangt werden, eine einfache Mehrheit ausreichend, um einen gültigen Beschluss herbeizuführen. Gefasste Beschlüsse sind bindend und müssen von den zuständigen Organen auch umgesetzt werden. Die Reaktion ist aus meiner Sicht völlig überzogen. FPÖ und HLW nehmen sich so selbst die Möglichkeit, weiterhin mitzugestalten und zu kontrollieren und können so eine wichtige Aufgabe in einer funktionierenden Demokratie nicht mehr wahrnehmen.

Die Salzburger Gemeindewahlordnung sieht in diesem Fall vor, dass nunmehr alle Ersatzgewählten auf den beiden Listen der FPÖ und der HLW eingeladen werden, nachzurücken. Diese Ersatzgewählten haben auch einen Rechtsanspruch, die freigewordenen Mandate zu besetzen. Wird darauf von allen Ersatzgewählten schriftlich verzichtet, bleiben die Mandate bis zur Wahl 2024 unbesetzt, die Gemeindevertretung besteht dann aus den Gemeindevertretern der ÖVP. Die Gemeindevertretung bleibt voll handlungsfähig. In diesem Fall werden die Aufgaben des Vizebürgermeisters durch GR Markus Huber wahrgenommen.

Ich würde es mir aber sehr wünschen, dass die Mandate von Ersatzgewählten nachbesetzt werden, damit sich die Gemeindevertretung von Werfenweng auch weiterhin entsprechend dem Wählerwillen zusammensetzt. Es kann auch nicht von der jeweiligen Partei oder vom Parteivorsitzenden bestimmt werden, ob die Ersatzgewählten nachrücken dürfen. Diese haben entsprechend der Reihenfolge auf der jeweiligen Liste einen Rechtsanspruch, nachzurücken.

Als die Gemeindevertreter der FPÖ und der Heimatliste am Freitag, den 23.04.2021 um 07:00 Uhr zu mir ins Gemeindeamt kamen, um die schriftliche Erklärung des Rücktritts abzugeben, waren sie nicht bereit, mit mir über die Gründe dieser Aktion zu re-

den. Sie haben sich mit der ausdrücklichen Verweigerung eines Gespräches nur mit dem Kommentar, „es sei dies nicht so schlimm“, wieder entfernt.

Ich habe aus den Presseberichten und nun aus dem Postwurf der FPÖ erfahren, was die Gründe für diese außergewöhnliche Aktion waren.

Ich darf auch dazu Stellung nehmen.

Das geplante Projekt „Hochthron NEU“ habe ich in der Gemeindezeitung, welche vor wenigen Tagen bei Euch in den Haushalten einlangte, dargestellt. Es ist ein Projekt, zu dem es naturgemäß verschiedene Meinungen gibt und auch geben darf. Auch in der eigenen Fraktion gab es zu Teilbereichen des Projektes Vorbehalte, aber die ÖVP-Fraktion hat sich gemeinsam mit mir viel Zeit genommen, um alle Details zu besprechen, die Vor- und Nachteile abzuwiegen und auch Änderungswünsche zu deponieren. Schließlich wird das Projekt von der ÖVP-Fraktion in seiner Gesamtheit positiv gesehen, weshalb sie sich in der Abstimmung in der Gemeindevertretung auch dafür ausgesprochen haben. Deziidiert darf ich festhalten, dass selbstverständlich auch die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden, was auch von der Landesregierung in der Vorprüfung festgestellt wurde. Alle Fraktionen der Gemeindevertretung sind seit 2018 laufend informiert, auch über die Teilnahme des Bauausschusses in den Sitzungen des Beirates für Architektur und Gemeindeentwicklung, in welchem das Projekt mehrmals behandelt wurde. Weiter gab es vor dem Aufgabebeschluss Ende Februar eine Initiative der ÖVP-Fraktion, sich mit allen Fraktionen zusammenzusetzen, zu informieren und nach Möglichkeit auch Kompromisse zu finden. Ich habe allen Fraktionen, auch der FPÖ und der HLW angeboten, auch zu deren Fraktionsbesprechungen zu kommen, falls sie es wünschen und so detaillierte Informationen weitergeben zu können. Dieses Angebot wurde nicht angenommen. Es entspricht also überhaupt nicht der Wahrheit, dass die Gemeindevertreter der FPÖ und der HLW zu wenig informiert worden seien.

Es gibt einfach unterschiedliche Meinungen zum Projekt, diese werden auch respektiert. Aber es muss genauso auch eine demokratische Mehrheit in der Gemeindevertretung akzeptiert werden. Wie oft wird es wohl in den vielen Gemeindevertretungen aller Gemeinden mehrheitliche Abstimmungen geben, aber dass unterlegene Fraktionen in der Folge geschlossen zurücktreten, weil sie in der Abstimmung unterlegen sind, ist wohl einzigartig und unverständlich.

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 25.02.2021, als der Beschluss zur Auflage der Planungen für die Flächenwidmungsplanänderung und die Bebauungsplanung auf der Tagesordnung standen, hat die FPÖ einen dringlichen Antrag auf Abhaltung einer Bürgerbefragung eingebracht. Diesen allerdings nicht in der gemäß Salzburger Gemeindeordnung verpflichtend vorgesehenen Form, weshalb dieser Antrag in der Sitzung nicht behandelt werden konnte. In den 6 Wochen zwischen der GV-Sitzung vom 25. 02.2021 und der GV-Sitzung am 08.04.2021 wurde es aber von der FPÖ verabsäumt, diesen Antrag für eine Bürgerbefragung regulär einzubringen. Auch in der gemeinsamen Besprechung der Fraktionen zur Gestaltung der Tagesordnung für die GV-Sitzung am 08.04.2021 wurde von der FPÖ kein Vorschlag unterbreitet, das Thema Bürgerbefragung regulär auf die Tagesordnung zu setzen.



5453 Werfenweng • Weng 42 • Tel. 06466 / 414-0 • Fax 06466 / 414-14
E-Mail: gemeinde@werfenweng.gv.at • www.gemeinde-werfenweng.at
IBAN: AT36 2040 4000 4128 6295 • BIC: SBGSAT2SXXX

Erst in der Sitzung am 08.04.2021 wurde dann neuerdings ein dringlicher Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung gestellt. Die Dringlichkeit wurde dabei mehrheitlich abgelehnt. Wenn die Abhaltung einer Bürgerbefragung ein ernsthafter Wunsch der FPÖ gewesen wäre, hätten die 6 Wochen zwischen den beiden GV-Sitzungen genutzt werden müssen, mit den Fraktionen darüber zu reden, um zu überzeugen und dafür eine Mehrheit zustande zu bringen.

Weiters wird eine mangelnde Information an die Bevölkerung behauptet. Auch das sehe ich nicht so. Bereits in der Erstellung des Räumlichen Entwicklungskonzeptes 2013 wurde für das gegenständliche Grundstück eine touristische Nutzung vorgesehen. Im Verfahren gab es eine Bürgerinformation. Jetzt im laufenden Verfahren haben wir am 15.02.2021 eine virtuelle Bürgerversammlung abgehalten. Diese war mit 109 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gut besucht. Es sind dort alle gestellten Fragen beantwortet worden. Es wurde auch die Einladung ausgesprochen, sich zusätzlich im Gemeindeamt über das Projekt zu informieren. Während der Auflagefrist gab es weiterhin die Möglichkeit, sich über das Projekt im Gemeindeamt zu informieren und – wenn gewünscht – eine Stellungnahme abzugeben.

Schließlich wird mir diktatorisches Vorgehen vorgeworfen. Das kann ich nur zurückweisen. Es ist zum Projekt Hochthron NEU der Beirat für Architektur und Gemeindeentwicklung mehrfach befasst worden, ebenfalls auch der Bauausschuss der Gemeinde. Weiters wurde das Projekt zur Vorbegutachtung an das Land Salzburg als Aufsichtsbehörde geschickt. Schließlich hat die Gemeindevertretung einmal die Auflage und in der Folge – wie im Raumordnungsgesetz auch vorgesehen – die Änderung des Flächenwidmungsplanes mit der gleichzeitigen Verordnung eines Bebauungsplanes beschlossen. Ich als Bürgermeister habe hier nirgends alleine bestimmt und auch nicht so oft abstimmen lassen, bis eine gewünschte Mehrheit zustande kam. Offensichtlich wird mir, wenn ich in der GV-Sitzung als Bürgermeister pflichtgemäß die erforderliche Disziplin und die Einhaltung der Geschäftsordnung einfordere, diktatorisches Verhalten unterstellt. Das ist nicht nachvollziehbar.

Ich werde mich auch künftig – auch ohne FPÖ und HLW in der Gemeindevertretung - dafür einsetzen, dass Entscheidungen gesetzlich sauber und transparent erfolgen und selbstverständlich das Wohl der Gemeinde in ihrer Vielfalt im Mittelpunkt steht. „Es wäre aber gut und wichtig, wenn auch weiterhin die Gemeindevertreter der FPÖ und der Heimatliste in der Gemeindevertretung wären, wie es der Wählerwille der Bevölkerung ist“, haben mir auch der Fraktionsobmann der ÖVP Max Leitinger und der Ortsparteiobmann der ÖVP Kurt Daxer bestätigt. Dem kann ich mich nur anschließen und hoffe, dass es hier ein Umdenken und eine Rückkehr gibt.

Euer



Peter Brandauer
Bürgermeister

